

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949

40 (25.2.1949)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlichung: Täglich, außer Donnerstag und Sonntag.
Redaktion, Verlagsabteilung und Druck: Karlsruhe, Waldstraße 28.
Telefon Nr. 522/213 (Dringend Presse). Anzeigenannahme und Ver-
trieb: Karlsruhe, Kaiserstraße 69, Telefon 5649; Durlach, Felsen-
straße 48, Eiltelgen, Leopoldstraße 5, Telefon 36, Buchhandlung L&K.

Bezugspreis monatlich DM 1,40 einschließlich Trägergebühr.
Postzustellung DM 1,20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigen-
preise: Die sechsseitige, 48 mm breite Millimeterzeile Milli-
meter-Grundpreis DM — 80, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preis-
liste Nr. 34. — Postcheckkonto Postbankamt Karlsruhe Nr. 80 514.

3. Jahrgang Nr. 40

Karlsruhe, Freitag, den 25. Februar 1949

Einzelpreis 20 Pfennig

Ein neuer Friedensplan der Sowjets

Rückzug der Besatzungstruppen gefordert — Westliche Beobachter sehen darin keine ernsthafte Bemühung zur Verständigung

FRANKFURT, 24. Febr. (UP) Von der SED wurden an führende deutsche Politiker der Westzone Erklärungen versandt, in denen ein neuer Plan zur Beendigung des „Kalten Krieges“ in Deutschland entwickelt wird, der wohl auf russische Anregung zurückgehen dürfte.

Der Plan fordert den Rückzug der britischen und französischen Besatzungstruppen aus Deutschland, während die amerikanischen und die russischen Truppen auf die westlichen bzw. östlichen Grenzen zurückgehen sollten. Die beiden gegenwärtig in Deutschland in Umlauf befindlichen Währungen sollen nach diesem Plan bis zur Einsetzung einer Zentralregierung ihre Gültigkeit behalten. Die SED betonte in ihrer Mitteilung an die deutschen Politiker, daß sie hier eine Lösung des deutschen Problems sehe, die sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Zustimmung finden würde. Berlin soll nach diesem Vorschlag eine Viermächte-Stadt bleiben, in der alle vier Mächte kleine Garnisonen zurücklassen würden.

Ferner werden die baldige Bildung einer Zentralregierung in Berlin, Neuwahlen unter amerikanischer und russischer Überwachung und die Einführung der Ostmark in ganz Berlin vorgeschlagen. Nach Einsetzung der deutschen Zentralregierung in Berlin sollen dann die beiden von den Alliierten eingeführten Währungen als ungültig erklärt und ein einheitliches Zahlungsmittel für ganz Deutschland herausgegeben werden. Auf westdeutscher Seite wird dieser Vorschlag als

Teil einer neuen sowjetischen Friedensoffensive angesehen, der durch einen kürzlich geheimen Besuch Walter Ulbrichts in Westdeutschland eingeleitet worden sein soll. Man weist auch auf eine Erklärung Max Reimanns am letzten Samstag, daß die Kommunisten gegen einen freundschaftlichen Vergleich mit dem Westen auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens nichts einzuwenden hätten. Vorsichtige westdeutsche Beobachter sehen in dem neuen sowjetischen Schritt einen Versuch, die Verschiebung der westdeutschen Regierungsbildung zu erreichen.

Demgegenüber erklärte ein Sprecher der sowjetischen Militärverwaltung, die Sowjetunion sei gezwungen, ihre Truppen weiterhin in Deutschland zu belassen, weil sich die Westmächte weigerten, ihre Truppen aus Deutschland zurückzuziehen.

General Clay bemerkte zu diesem Plan der SED, dadurch würden die in Deutschland bestehenden Hauptprobleme nicht gelöst. Als solche zählte er auf: 1. die Reparationsfrage im allgemeinen und der aus der deutschen Produktion zu entnehmende Betrag, 2. die Abhaltung und Kontrolle freier Wahlen in Deutschland und 3. die Teilnahme der alliierten Mächte an den Sicherheits- und anderen Kontrollen. Es sei aus dem Plan nicht ersichtlich, ob ganz Deutschland zu der Zahlung von Reparationen verpflichtet werden solle und ob alle Teile Deutschlands an dem europäischen Wiederaufbau teilnehmen würden. „Wenn diese Probleme früher gelöst worden wären, hätte die Notwendigkeit für große Besatzungstreitkräfte in Deutschland nicht bestanden“, erklärte General Clay.

Andere westliche Beobachter sind der Ansicht, daß der SED-Plan von der Sowjetunion zu einem „Friedensangebot“ benutzt werden könnte, welches eventuell den Vereinten Nationen vorgelegt würde. Auch diese Beobachter weisen, ebenso wie General Clay, auf die Tatsache hin, daß in dem Plan die Regelung des Reparationsproblems nicht erwähnt werde. Man könne einen Plan, der diese Frage nicht erwähne, nicht als eine ernsthafte Bemühung zu einer Verständigung bezeichnen.

Die Sowjetunion feiert den „Tag der Roten Armee“
BERLIN, 24. Febr. (DENA) Etwa 250 unbewaffnete sowjetische Soldaten hielten am Mittwoch, dem „Tag der Roten Armee“ vor dem sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten (britischer Sektor) eine Parade ab. Zahlreiche Delegierten der SMV, der sowjetischen Be-

zirkskommandanturen und der in Berlin stationierten sowjetischen Truppenteile legten am Ehrenmal Kränze nieder.

Zu einem Zwischenfall kam es, als zwei sowjetische Offiziere den Reporter des Nordwestdeutschen Rundfunks gewaltsam an der Übertragung der Feierlichkeiten hindern wollten. Einer der Offiziere bestieg schimpfend den Rundfunkwagen, stellte die Apparatur ab und versuchte, das Magnetophonband zu zerreißeln. Einem RIAS-Reporter gelang es, den ganzen Vorfall aufzunehmen. Der verantwortliche leitende Polizeibeamte war — wie die sowjetischen Offiziere — der Ansicht, daß eine Übertragung nicht notwendig sei.

General Clay und sein Stellvertreter, General Hays, konnten der Einladung

zu einem Empfang Marschall Sokolowskis anlässlich des Tages der Roten Armee nicht Folge leisten, da sie zu Besprechungen nach Frankfurt flogen. Der Chef der amerikanischen Militärmission beim sowjetischen Hauptquartier, Brigadegeneral Hess, dem auch eine Einladung zuging, sah sich auf Grund anderweitiger Verpflichtungen ebenfalls außerstande, dem Empfang beizuwohnen. Als offizieller Vertreter des britischen Militärgouverneurs nahm der Chef der britischen Militärmission beim sowjetischen Hauptquartier, Brigadegeneral Curtis, an dem Empfang teil. In Vertretung des französischen Kommandanten von Berlin, General Geneval, überbrachte M. le Bideau die Glückwünsche der französischen Militärregierung.

Heftige Debatte über eine Amnestie

Linksparteien gegen Ministerpräsident Dr. Maier — Fragen bleiben ohne Antwort

(Eigenbericht unserer Stuttgarter Redaktion)

STUTT GART, 24. Febr. In der letzten Landtagssitzung kam es bei der Beantwortung einer SPD-Anfrage über die Handhabung des Begnadigungsrechtes zu einer heftigen Kontroverse zwischen Sprechern der Linksparteien und dem Ministerpräsidenten. Den Anlaß bot die auf Verfügung des Ministerpräsidenten erfolgte vorzeitige Entlassung des früher in Ludwigsburg internierten ehemaligen stellvertretenden Gauleiters von Thüringen, SS-Oberführer und Generalkommissar der Ukraine, Ernst Siekmair. Abg. Lausen (SPD) fragte Dr. Maier, ob es ihm bekannt gewesen sei, daß Siekmair seinerzeit der einzige prominente Nazi des ganzen Lagers gewesen sei, der zudem als Haupt der antidemokratischen Opposition gegolten habe. Dr. Maier erklärte, Siekmair verdanke seine Entlassung nur der außerordentlich verzweiferten Lage seiner kranken Frau und seinen unmündigen vier Kindern, nicht aber seiner Person. Der Bruder Siekmairs, ein SPD-Politiker, habe ihn vor Weihnachten unter Hinweis auf diese Umstände schriftlich um die Begnadigung gebeten. Abg. Buchmann (KPD) bezeichnete diesen Vorfall als „wirklich seltsam“ und für dazu geeignet, nicht nur das Vertrauen in die Entnazifizierung, sondern das in die ganze Regierung zu untergraben.

Aegyptisch-israelischer Waffenstillstand

„Ein persönlicher Erfolg des UN-Vermittlers Dr. Bunche“

RHODOS, 24. Febr. (UP) Am Donnerstagvormittag wurde hier der Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und Ägypten bekanntgegeben. Dieses Abkommen ist das Ergebnis von sechs Wochen schwieriger Verhandlungen und kann als ein persönlicher Erfolg des Vermittlers der Vereinten Nationen, Dr. Ralph Bunche, bezeichnet werden. Das Abkommen wurde im gelben Salon des Hotels des Roses unterzeichnet. Es enthält folgende wichtige Einzelheiten:

1. Israelische „Defensiv-Truppen“ erhalten die Erlaubnis, das im Oktober vergangenen Jahres gewonnene Gebiet der Negeb-Wüste weiterhin besetzt zu halten.
2. Das Gebiet Gaza Rafah wird von ägyptischen „Defensiv-Truppen“ besetzt gehalten.
3. Eingekreiste ägyptische Truppenverbände im Raume von Faluja können abrücken. Allen arabischen Zivil-

listen, das dieses Gebiet verlassen wollen, darf ebenfalls kein Hindernis in den Weg gelegt werden.

4. Eine aus sieben Mann bestehende Waffenstillstandskommission wird gebildet. Ihr Sitz wird in El Auja errichtet. Sie hat die Aufgabe, die Durchführung des Abkommens zu überwachen.

5. Die ägyptischen Angriffsgruppen werden hinter die ägyptische Grenze zurückgezogen.

6. Die israelischen Angriffsgruppen beziehen diejenige Position, die sie vor dem 14. Oktober vergangenen Jahres, dem Tage des Beginns der Angriffe im Negeb-Gebiet, einnahmen. Beide Parteien verpflichten sich, die im Abkommen festgelegten Linien nicht zu überschreiten und eruchten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, keine Gewaltlösung des Palästina-Problems anzustreben.

Das Abkommen kann als ein Wegbereiter für die Wiederherstellung des völligen Friedens in Palästina angesehen werden. Vertreter der Vereinten Nationen hoffen zuversichtlich, daß diesem Waffenstillstandsabkommen eine eindeutige Friedensregelung folgen wird. Den bevorstehenden Verhandlungen mit Transjordanien werden solche mit Libanon und Syrien folgen. Saudi-Arabien und der Irak geben bekannt, daß sie sich den von anderen arabischen Staaten unterzeichneten Abkommen evil. anschließen.

Spannungen in Argentinien

Buenos Aires, 24. Febr. (DENA-REUTER) Der argentinische Staatspräsident Juan Peron warnte in einer Rede vor der Eisenbahngewerkschaft seine argentinische und ausländischen Gegner und betonte, daß er notfalls die arbeitenden Klassen Argentinens zur Verteidigung der eigenen Sache aufrufen werde. Wenn seine Gegner eine Gerüchekampagne starteten, so werde er mit der Wahrheit oder, wenn nötig, mit einem Schlag antworten. Als seine Gegner nannte Peron in erster Linie radikale und konservative Politiker, das internationale Kapital, sowie Kommunisten und Sozialisten.

keine Spruchkammerverfahren gingen und daß darüber hinaus noch 37 höhere Beamten ohne Genehmigung der Militärregierung arbeiten. Der Ministerpräsident, dem das Zahlenmaterial nicht bekannt war, ging auf diese Anfrage nicht ein. Auch die Frage, ob die Begnadigung Siekmairs im Einverständnis mit dem Entnazifizierungsministerium erfolgt sei, ließ Dr. Maier unbeantwortet.

Wieder Schwurgerichte

STUTT GART, 24. Febr. (SAZ) Der Landtag nahm in seiner 118. Sitzung einstimmig zwei Gesetze an: Das der Bildung von Schwurgerichten in Württemberg-Baden und eine vorläufige Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen, Ärzten, Zahnärzten und Dentisten nach Maßgabe der entsprechenden Bestimmungen der Reichversicherungsordnung und nach Anhören der beteiligten Verbände und Vereinigungen einseitigen im Verordnungswege zu regeln. Das gleiche gilt für die vorläufige Neugestaltung der in Frage kommenden Verbände und Vereinigungen der Krankenkassen, Ärzte, Zahnärzte und Dentisten.

Der Karlsruher Abgeordnete Direktor Adolf Kühn tritt als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Felix Walter, dessen Andenken der Landtag ehrte, in den Parlamentarischen Rat ein.

Landtagspräsident Wilhelm Keil nahm zu Beginn der Sitzung zu einer Klage der VVN Württemberg-Baden über die Nichtgenehmigung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Militärregierung Stellung. Auf einstimmigen Wunsch des Landtages hat der Präsident die Militärregierung, die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen des städtischen Landrates schneller zu behandeln.

Kriminalbeamte als Lebensmittelschieber

Zuchthaus und Ehrverlust für den Leiter eines Schwarzmarkt-Dezernats

HAMBURG, 24. Febr. (DENA). Vor der Ersten Strafkammer des hanseatischen Oberlandesgerichtes, fand am Donnerstag ein Prozeß gegen den Leiter des Schwarzmarktdezernats der Hamburger Kriminalpolizei, Oberinspektor Kurt Bornemann, sowie gegen den Inspektor Johannes Möller und den Polizeimeister Werner Thormaehlen desselben Dezernats statt. Die drei Angeklagten sagten aus, daß sie Fleisch- und Fettmarken für etwa 20 Zentner Lebensmittel an verschiedene Mittelstufen verkauft hätten. Sie selbst hätten nur rund 6000 Reichsmark dafür bekommen. In einem Falle habe es sich um beschlagnahmte, gefälschte Marken gehandelt, die ihnen von ihrem Mittelsmann zurückgegeben worden seien, weil die Fälschungen zu plump ausgeführt waren.

Nach dem Motiv für die Tat befragt, erklärte der Hauptangeklagte Bornemann, sie hätten besonders anstrengenden Dienst verrichten müssen und außer einem täglichen Eintopfergericht keine zusätzlichen Lebensmittel erhalten. Der Angeklagte Möller gab zu, 1700 Reichsmark Erlös aus dem Verkauf der beschlagnahmten Marken mit Sportkameraden in einem Hamburger Sportkurs bei einer Feier für Spirituosen ausgegeben zu haben.

Oberinspektor Bornemann wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, Inspek-

Kaufmann Nachfolger Köhlers?
STUTT GART, 24. Febr. (SAZ-Eig.-Ber.) In informierten politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Stellvertreter des Direktors der Wirtschaft im Wirtschaftsrat, Ministerialdirektor Dr. Edmund Kaufmann, zum Nachfolger des verstorbenen Finanzministers Dr. Heinrich Köhler ernannt werden wird. Kaufmann, der der CDU angehört, war früher Bürgermeister von Singen (Hohentwiel). Kaufmann würde gleichzeitig stellvertretender Ministerpräsident und Nachfolger Dr. Köhlers im Frankfurter Landerrat sein.

Grubenunglück fordert 14 Tote

BERLIN, 24. Februar. (UP) Heftigen Presseberichten zufolge ereignete sich in einer Kupfergrube bei Mansfeld in Sachsen vor einigen Tagen ein Grubenunglück, bei dem 14 Bergleute ums Leben kamen. Zwölf weitere wurden schwer verletzt. Es soll dies bereits das fünfte Unglück sein, das sich dort in den letzten Monaten ereignete.

Zusammenhang stehen, vor dem Schwurgericht anklagen.

Das Gesetz über die vorläufige Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen, Ärzten, Zahnärzten und Dentisten ermächtigt das Arbeitsministerium, bis zur ordentlichen gesetz-

Der Kleine Weltbürger

SEINE SICHTIGE LÖSUNG FÜR ALLE GUTEN KINDER

lichen Regelung durch die Bundesregierung auf Landesebene die Beziehungen zwischen Krankenkassen, Ärzten, Zahnärzten und Dentisten nach Maßgabe der entsprechenden Bestimmungen der Reichversicherungsordnung und nach Anhören der beteiligten Verbände und Vereinigungen einseitigen im Verordnungswege zu regeln. Das gleiche gilt für die vorläufige Neugestaltung der in Frage kommenden Verbände und Vereinigungen der Krankenkassen, Ärzte, Zahnärzte und Dentisten.

Der Karlsruher Abgeordnete Direktor Adolf Kühn tritt als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Felix Walter, dessen Andenken der Landtag ehrte, in den Parlamentarischen Rat ein.

Landtagspräsident Wilhelm Keil nahm zu Beginn der Sitzung zu einer Klage der VVN Württemberg-Baden über die Nichtgenehmigung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Militärregierung Stellung. Auf einstimmigen Wunsch des Landtages hat der Präsident die Militärregierung, die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen des städtischen Landrates schneller zu behandeln.

Zwei Schuhpunkte aufgerufen

FRANKFURT, 24. Febr. (DENA). Mit Wirkung vom 1. März 1949 werden in der Bzone zwei Schuhpunkte aufgerufen. Es gelten die Abschnitte Z 401 und Z 403 der Lebensmittelkarten 11, 14, 21, 24, 31, 34, 41 und 44 (März bis April 1949) als je ein Schuhpunkt.

Ein neuer Suchdienst

KARLSRUHE, 24. Febr. (SAZ) Wie aus der „Such- und Benachrichtigungsdienst in Kriegsgefangenen-Angelegenheiten“ aus Duisburg-Hamborn, Sterkerstraße 300, mittelt, wurde derselbe am 31. 1. 1949 von der Militärregierung genehmigt. Wir machen alle unsere Leser auf diese lobenswerte, uneigennützigte Einrichtung aufmerksam. Alle Heimkehrer werden gebeten, ihre letzte Feldpost- und Kgl.-Lager-Nummer unter Angabe ihrer jetzigen Anschrift der obigen Stelle mitzuteilen und so mitzuhelfen, manches bisher ungeklärte Menschenschicksal aufzuklären. Für die Bearbeitung von Suchanfragen wird keine Gebühr erhoben, da sämtliche Mitarbeiter ehrenamtlich tätig sind.

Welt-Rundschau

WASHINGTON. „Die amerikanischen Hilfeleistungen an die europäischen Länder werden bis zu deren endgültiger Gesundung fortgesetzt“, erklärte Präsident Truman vor Pressevertretern. — LAKE SUCCESS. Die Sowjetunion weigerte sich vor dem Abrüstungsausschuß der UN, eine Überprüfung ihrer Streitkräfte zuzulassen. Dies sei ein „Versuch, amerikanische Spione in die UdSSR einzuschmuggeln“. — CANTON, Massachusetts. (UP) Durch drei schwere Explosionen in einer Feuerwerkskörper-Fabrik wurden drei Gebäude vollständig vernichtet. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen. — LA PAZ. (UP) Bolivien hat Israel anerkannt. — LONDON. Der stellvertretende jugoslawische Außenminister Ales Bebler unterbreitete den Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag am Donnerstag einen Kompositvorschlag zu den jugoslawischen Gebietsansprüchen an Oesterreich. — OSLO. Der norwegische Außenminister Halvard Lange erklärte vor dem norwegischen Parlament,

seine Besprechungen in Washington hätten die Regierung überzeugt, daß eine skandinavische Allianz nicht länger auf einer „paktlosen“ Basis möglich sei. — HELSINKI. (UP) Der finnische Reichstag sprach dem Ministerpräsidenten Karl A. Fagerholm mit nur zwei Stimmen Mehrheit das Vertrauen aus. — BUDAPEST. 14 angebliche Komplizen des Kardinal Minszenty sollen am Montag vor ein Budapest Arbeitergericht gestellt werden. — SOFIA. Die bulgarische Regierung erteilte zwei Mitgliedern der britischen Gesandtschaft die Erlaubnis, an dem Prozeß gegen 15 bulgarische Geistliche als Beobachter teilzunehmen. — ISTANBUL. Die USA übergaben der Türkei zwei moderne 11500-Tonnen-Kreuzer. — PEIPING. (UP) Die kommunistische Regierung Chinas hat Peiping zu ihrem Sitz bestimmt. — HANGKONG. (UP) Ueber ganz Siam wurde der Ausnahmezustand verhängt, da politische Unruhen in Nachbarstaaten auf Siam übergriffen haben.

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 40 / Freitag, 23. Februar 1948

Katzenjammer in Skandinavien

(Von unserem Skandinavien-Korrespondenten)

„Mit Furcht kann man nicht eine neue und bessere Welt aufbauen, nicht einmal eine so naheliegende und selbstverständliche Konstruktion wie ein vereinigtes Skandinavien schaffen.“ Diese Worte, die ein skandinavischer Staatsmann mit resigniertem Lächeln nach dem Scheitern der interkontinentalen Minister- und Parlamentarier-Konferenzen in Oslo äußerte, umreißen den Ernst der Situation, nicht nur für Skandinavien, sondern auch für die vielen Millionen Menschen, die mit Recht nur in einem geeinten und zusammengeführten Europa die Rettung von politischem und wirtschaftlichem Chaos sehen.

Die Enttäuschung in den skandinavischen Völkern selbst ist fester und bitterer, als es die Pressekommentare verriet. Die Nachbarstaaten Sowjet-Rußland ist eine Realität — und nicht minder die Einstellung des Kreml zu den beschleunigten Sicherheitsmaßnahmen in Skandinavien. Das bewies die sowjetische Note an Norwegen, die den Atlantikpakt oder ähnliche regionale Verteidigungsallianzen als Instrumente zur Errichtung einer „anglich-amerikanischen Welt Herrschaft“ bezeichnete. Zeitpunkt und Wortlaut dieser sowjetischen Demarche ließen ja kaum eine andere Deutung zu, als daß der Kreml sich einen Vorwand schaffen wollte, um im Falle einer noch so losen Verbindung einer skandinavischen Nation mit den Staaten des Atlantikpakt „Gegenmaßnahmen“ zu ergreifen.

Norwegens Situation hat sich fraglos sowohl durch das Scheitern eines skandinavischen Verteidigungsbündes wie durch den — zwischen dem Zellen — drohenden Wortlaut des russischen eidemolira verschlechtert, eine nicht ohne Wertung der norwegischen Pressestimmen 1947 einen gewissen Katzenjammer oder sogar eine „Angst vor der eigenen Courage“ erkennen. Man weiß von norwegischer Seite mit Recht darauf hin, daß eine Einbindung militärischer Basen einer fremden Großmacht selbstverständlich nie in Frage käme, wenn man sich auch für einen Anschluß an den Atlantikpakt entschieden habe. Andererseits bleibt natürlich die Tatsache bestehen, daß ein Ausbau einer effektiven Verteidigung in Norwegen nur mit amerikanischen Waffenlieferungen denkbar ist.

In Dänemark haben sich alle Parteien — abgesehen von den Kommunisten — mit anerkennenswerter Zähigkeit für die Schaffung eines skandinavischen Verteidigungsbündes eingesetzt. Sein Scheitern stellt die dänische Außenpolitik vor eine neue Situation, die ziemlich ungelöst ist. Die öffentliche Meinung zu fest an den skandinavischen Bund glauben und deshalb zu den sich nunmehr ergebenden Eventualitäten kaum Stellung genommen hat.

Die schwedische Neutralitätspolitik ist durch die diplomatische Bombe des Kreml noch mehr gestärkt worden. Im übrigen betrachtet man auch in Stockholm das Scheitern des skandinavischen Bündes mit Bedauern und Sorge. Es ist gleichgültig, ob die diplomatische Aktion des Kreml in Oslo die direkte Ursache des Fiskos war. Moskau hat in der ersten Runde erreicht, was es wollte: ein in drei kleine Nationen aufgesplitteter Norden, der keine Rücken-deckung hat, ist ein Norden ohne Verteidigungsmöglichkeit. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, hoffentlich gelingt es mit Hilfe einer verständnisvollen und selbstbewußten Politik Amerikas und des Westens, die reichlich verlorene Situation an Europas Nordküste wieder auszurichten. Es wäre ein sehr wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens ...

Dr. F. Weltmann/L.E.

Der Wirtschaftsrat hat dem am 31. 12. 48 abgelaufenen Preistreibergesetz vom 7. 10. 48 ein neues mit dem Datum vom 28. 1. 49 nachfolgen lassen. Das neue Gesetz, das am 5. 2. 49 in Kraft trat, vermeidet einige Schwächen, die das alte aufwies. Es belegt den Preiswucher, die Warenvorenthaltung, den Kettenhandel, die Kopplungsgeschäfte und die Preisverschleierung (durch Verletzung der Aufzeichnungspflicht und die sog. „o.R.-Geschäfte“) mit Strafe,

Was ist Preiswucher?

Preiswucher begeht, wer für Güter oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs unangemessene Entgelte fordert, verspricht, vereinbart, annimmt oder gewährt. Von den höchst problematischen Begriffen des früheren Preistreibergesetzes ist nur noch die „Angemessenheit“ übriggeblieben; die anderen — wie Mangelware, wirtschaftliche Ueberlegenheit, unläutere Ausnutzung — sind zur Zufriedenheit der Geschäftsleute und auch der Juristen nicht übernommen worden. Aber auch der Begriff der „Unangemessenheit“ birgt viele Zweifelsfragen in sich. Das Gesetz gibt keine Definition, dafür einige Beispiele, die aber zum Teil auch nicht von klassischer Klarheit sind. Unangemessen ist nämlich insbesondere:

1. ein Entgelt bei gestiegenen Herstellungs- oder Anschaffungskosten, wenn die nach Hundertsätzen berechnete Gewinn- oder Handelsspanne nicht angemessen gesenkt wird. Wann aber ist eine Spanne „angemessen“ gesenkt? Das Gesetz schweigt dazu.

2. ein Entgelt, das einem vom Hersteller als allgemein bekanntgemachten Preis übersteigt.

3. ein Entgelt, bei dem die Kosten der Gütererzeugung oder -verteilung unter Vernachlässigung der in der gegenwärtigen Not besonders gebotenen Sparsamkeit unberechtigt hoch gehalten oder erhöht sind. Wann das vorliegt, ist wieder eine nicht leichte Doktorfrage.

4. in der Regel (d. h.: Ausnahmen sind möglich) ein Entgelt, das sinkende Kosten der Wiederbeschaffung oder -erzeugung nicht berücksichtigt.

5. in der Regel (!) ein Entgelt, das gegen die von Verwaltungsrat festgesetzten im Geschäftsblatt der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes bekanntgemachten Richtlinien für Preiskalkulationen, für Handelsweg oder Handelsspannen verstößt.

Eine weitere Richtschnur für die Auslegung des Begriffes „Unangemessenheit“ enthält die Vorschrift, daß in der gegenwärtigen Not, in der der lebenswichtige Bedarf möglichst billig gedeckt werden muß, ein Entgelt schon

deshalb nicht angemessen ist, weil der in ihm enthaltene Gewinn unter früheren Verhältnissen üblich war.

Was ist Warenvorenthaltung?

Dieses Delikt macht sich schuldig: 1. wer Güter oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs zurückhält oder solche Güter beiseiteschafft, vernichtet oder vorhält, obwohl er anfertigen verdrängen läßt, obwohl er anfertigen muß, daß dadurch der Preis auf eine unangemessene Höhe gesteigert oder auf einer solchen Höhe gehalten werden kann, oder

2. wer solche Güter oder Leistungen ohne den Voratz der Verknappung zurückhält oder deren Erzeugung verlangsamt oder einschränkt, um höhere Preise zu erzielen.

Was ist Kettenhandel?

Der Kettenhandels macht sich schuldig, wer Güter oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs dadurch verteuert, daß er sich, ohne die Bedarfsdeckung zu fördern, in den Warenverkehr einschleibt. Zuletzt bestand nur für Lebensmittel und Futtermittel ein Kettenhandelsverbot nach der Warenverkehrsverbilligungsverordnung vom 28. 10. 1937.

Was sind Kopplungsgeschäfte?

Strafbar macht sich auch, wer die Abgabe von Gütern oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs davon abhängig macht, daß sachlich oder handelsüblich nicht zugehörige Güter oder Leistungen abgenommen werden, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Bedarfsdeckung des Abnehmers verteuert wird. Zuletzt bestand ein Kopplungsverbot nur für Lebensmittel und Futtermittel nach der eben genannten Warenverkehrsverbilligungsverordnung.

Preisverschleierung durch Verletzung der Aufzeichnungspflicht

Ein solches Delikt begeht, wer es einer gesetzlichen Pflicht zuwider unterläßt, Bücher oder Aufzeichnungen zu führen sowie Geschäftspapiere oder sonstige Unterlagen aufzubewahren, oder wer solche Unterlagen vernichtet, verheimlicht oder so führt oder verändert, daß sie keine Uebersicht über

12 Millionen DM für Arbeitslosen-Unterstützung

Arbeitslosenzahl steigt ständig — Das Arbeitsministerium optimistisch (Eigenbericht unserer Stuttgarter Redaktion)

STUTTGART. Gegenüber dem Vormonat ist in der ersten Februar-Hälfte ein starkes Ansteigen der Arbeitslosenziffer in beiden Landesteilen zu beobachten. Die Zahl von 33.741 Arbeitslosen Ende Januar erhöhte sich in diesem Zeitraum um über 8700 Personen auf 42.446 am 15. 2. In Kreisen des Arbeitsministeriums ist man jedoch überzeugt, daß beim Anhalten der überaus günstigen Witterung diese Krise auf dem Arbeitsmarkt durch Wiederaufnahme der Bauarbeit, der landwirtschaftlichen Arbeit usw. innerhalb kurzer Zeit überwunden sein wird. Im Vergleich der anderen Länder der Westzone liegen die Verhältnisse in Württemberg-Baden trotzdem erheblich besser. In erster Linie wird dieser Umstand dem selbsterzielten von Landtag beschlossenen Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmer bei Entlassungen größeren Umfangs zugeschrieben. Seit Beginn dieses Jahres werden jedoch in größerem Umfang Anträge auf Befreiung des Kündigungsschutzes bei den Stuttgarter und

Karlsruher Arbeitsbehörden eingereicht, die aber in den meisten Fällen nach eingehender Ueberprüfung der Betriebsverhältnisse abgelehnt werden konnten. Z. T. konnten über das Ministerium Geldmittel zur Kreditvermehrung für volkswirtschaftlich wichtige Betriebe freigegeben, z. T. in anderen Fällen durch beschleunigte Herbeischaffung von Rohstoffen die drohenden Betriebsbeschränkungen bzw. Stilllegungen vermieden werden.

Ein verstärkter Uebergang zur Kurzarbeit gegenüber den Vormonaten (Ende Dezember wurde in 23 Betrieben mit rund 700 Arbeitnehmern verkürzt gearbeitet) war nicht festzustellen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der württembergisch-badische Ministerrat in seiner letzten Sitzung einen Betrag von je 6 Millionen D-Mark aus Etatmitteln für jeden Landesteil zur Verfügung gestellt hat, der zusätzlich zu den Mitteln des Landesarbeitsamtes für die „werteschöpfende Arbeitslosen-Unterstützung“ verwendet werden soll.

Das neue Preistreiberei-Gesetz

sein Geschäftsgebaren gewährleisten. Derartige „gesetzliche“ Pflichten können sich aus Gesetzen, aber auch aus Verordnungen und Anordnungen ergeben (z. B. Verordnung über den Nachweis von Preisen vom 23. 11. 1947).

„o.R.-Geschäfte“

Strafbar macht sich schließlich, wer es vorsätzlich unterläßt, eine im ordentlichen Geschäftsverkehr übliche Rechnung zu erteilen oder sich erteilen zu lassen.

Was ist lebenswichtiger Bedarf?

Das Gesetz definiert diesen Begriff nicht. In einem zum alten Gesetz ergangenen Runderlaß wurden als lebenswichtig solche Güter und Leistungen angesehen, die unter Berücksichtigung des heutigen Lebensstandards notwendig sind, um unmittelbar oder mittelbar die berechtigten materiellen und kulturellen Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung zu befriedigen. Früher sprach man von „Gegenständen des täglichen Bedarfs“; hierüber liegen zahlreiche Gerichtsentscheidungen vor, die einen weiteren Anhaltspunkt bieten. Der jetzt verwandte Ausdruck stammt aus der Kriegswirtschaftsverordnung. Nach dazu ergangenen Entscheidungen der Gerichte fallen beispielsweise darunter: lebendes Vieh, Freibankfleisch, Suppenzergüsse, Textilien (insbesondere Krawat-

ten, Büstenhalter und Pelzimitationen); Tee wird nicht dazu gerechnet.

Welche Strafen drohen?

Zum Straftatbestand gehört grundsätzlich, daß der Täter in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes oder in unbefugter Betätigung wie ein Gewerbetreibender gehandelt hat.

Die Regelstrafe ist Gefängnis und Geldstrafe oder eine dieser beiden Strafen. Hat aber der Täter aus Gewinnsucht gehandelt oder ist er, bevor er die neue Tat begeht, schon einmal wegen eines Vergehens gegen das neue oder auch gegen das alte Preistreibergesetz rechtskräftig verurteilt worden, so kann auf Zuchthaus erkannt werden. Besteht kein öffentliches Interesse an der gerichtlichen Strafverfolgung, so kann eine Ordnungstrafe verhängt werden; die Entscheidung darüber liegt aber nicht bei der Preisbehörde, sondern bei der Staatsanwaltschaft. Neben der Strafe können Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung erstreckt, eingezogen, die gewerbliche oder berufliche Betätigung untersagt, der Betrieb, in dem die Zuwiderhandlung begangen wurde, eingeschränkt, zwangsverpachtet oder geschlossen werden; schließlich kann auch auf Verfallung des Urteils erkannt werden.

Die Strafverfolgung soll grundsätzlich im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Dr. Dr. Kurt Röhl

3. Verordnung zur Durchführung der Steuerüberleitung

Veranlagung der Einkommen- und Körperschaftsteuer

FRANKFURT (DENA). Die dritte Verordnung zur Durchführung der Steuerüberleitung, die der Direktor der Verwaltung für Finanzen am 14. Februar erlassen hat, regelt die Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für den Zeitraum vom 1. Januar 1948 bis zum Tage der Währungsreform. Sie stützt sich auf die im Anhang zum Militärregierungs-gesetz Nr. 94 vom 22. Juni 1948 erteilte Ermächtigung zum Erlaß von steuerlichen Durchführungsverordnungen und hat die Zustimmung der Finanzaußenkommission von Wirtschaftsrat und Landerrat gefunden.

Nach dieser Verordnung grundsätzlich der Veranlagungszeitraum vom 1. Januar 1948 bis 30. Juni 1948. Hierbei gelten Reichsmarkennahmen, die dem Steuerpflichtigen nach dem 30. Juni 1948 zugeflossen sind, als noch im Veranlagungszeitraum bezogen. Dagegen sind die Einnahmen in Deutscher Mark, die dem Steuerpflichtigen für die Zeit vom 1. Juni 1948 bis 30. Juni 1948 im Verhältnis von einer Reichsmark gleich einer D-Mark zugeflossen sind, stets dem Veranlagungszeitraum zuzurechnen, der am 31. Juni 1948 begonnen hat. Für Ausgaben gilt diese Bestimmung entsprechend.

Ist jedoch der Gewinn aus selbständiger Arbeit für die Zeit vom 1. Januar 1948 bis 30. Juni 1948 um mehr als 25 v. H. höher als die Hälfte des im Kalenderjahr 1947 erzielten Gewinnes, so ist für die Ermittlung des Steuersatzes auf Antrag der halbe Jahresgewinn 1947 zugrunde zu legen. Diese Regelung gilt für Gewinne aus Gewerbeunternehmen, entsprechend, sofern es sich um typische Salonbetriebe handelt. Hierdurch soll der außerordentlich hohe Geldgang kurz vor der Währungsreform berücksichtigt werden, der bei Anwendung normaler Steuersätze infolge der steilen Einkommen-Steuer-Progression zu empfindlichen Härten führen müßte.

Die Steuerbeträge sind, soweit sie nicht durch Steuerabzugsbeträge oder durch Reichsmark-Vorauszahlungen getilgt sind, im Verhältnis von zehn

Reichsmark gleich einer deutschen Mark umzurechnen. Auf Antrag ist jedoch die Einkommensteuer für den Veranlagungszeitraum vom 1. Januar 1948 bis zum 30. Juni 1948 ermäßigt, wenn dem Steuerpflichtigen am 30. Juni 1948 ein Altgeldguthaben zur Verfügung gestanden hat. Diese Ermäßigung entspricht der Festkontenregelung des Militärregierungs-gesetzes Nr. 85. Sie beschränkt sich auf den Unterbetragsbetrag zwischen zehn Prozent und 65 Prozent des Altgeldguthabens und beträgt höchstens 25 Prozent der in Deutscher Mark entrichteten oder zu entrichtenden Zahlungen. Bei der Bemessung der Körperschaftsteuer ist entsprechend zu verfahren.

Deutschland-Rundschau

VERBOTE WESTZONEN

Lübeck. Eine 36jährige Frau stürzte sich mit ihrem vierjährigen Kind aus dem Fenster, wobei beide ums Leben kamen. — Bonn. Das Plenum des Parlamentarischen Rates verabschiedete gegen die Stimmen der CDU/CSU und der KPD das Gesetz für die Wahlen zum ersten Volkstag. — Frankfurt. Die VEP ermächtigt die zuständigen Landesbehörden, Lagerier mit einem Stammwurzgehalt von sieben bis acht Prozent herzustellen zu lassen.

VERZÖHMUNG BERLIN

Berlin. Der frühere deutsche Generaloberst Ringel trat auf seiner Flucht aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in den Berliner Westsektoren ein. (Alle nicht geschilderten Nachrichten: DENA)

Leser-Nummer US-WB 115 Herausgeber und Chefredakteur Felix Richter Stellvertretender Chefredakteur Heinz A. Sechant Redaktionsleiter Max Gosenberger Helmut Haug, Wilh. Hagenmeyer Rudolf Jahn, Hans Mohr, Dr. W. Oberkamp Otto P. Passgen, Hildegard Fieritz, Adolf Rühlich Josef Werner — Mit vollem Verlassenamen genehmigte Beiträge stellen sich unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck von Zeitungsausschnitten aus Genehmigung gestattet, das Zitiergebiet nicht absehbar für unverändert eingehende Manuskripte keine Gewähr. — Verlag Süddeutsche Allgemeine Zeitungsvorgabe GmbH. Verlagsdirektor: Dipl.-Ing. Herbert Lehmann.

Dort drüben in Overmanns Bude

ROMAN VON GEORG RYDBERG

8. Fortsetzung

„Na schön, Herr Vries. Jedenfalls nehmen Sie zur Kenntnis, daß von heute an bei der Polizei ein Aktenstück liegt, das den Namen Jupp Vries trägt. Der Vorfall, der zu Ihrer Vernehmung führte, ist darin genau verzeichnet. Sie sind für uns in eine Schmuggleraffäre verwickelt gewesen, wenn Ihnen auch nichts nachzuweisen war. Aber hüten Sie sich für die Zukunft, wir kennen nun Ihren Namen. Übrigens, warten Sie —“ Der Kommissar unterbricht sich, nimmt ein zweites Aktenstück, in welchem er rasch blättert.

„Vries — Vries — der Name ist ja bereits mit einer Schmuggleraffäre verwickelt — warten Sie einmal — sagen Sie — sind Sie verwandt mit einem Vries aus E. an der holländischen Grenze?“

„Ja das ist mein Bruder.“

„So, so.“ sagt der Kommissar, sich räuspert. „Ich sehe immer mehr, daß ich Ihren Aussagen wenig Glauben beimessen darf. Trotzdem — es tut mir leid, Ihnen die traurige Mitteilung machen zu müssen. Ihr Bruder ist heute Nacht erschossen worden.“

Ihr Bruder wurde in einem nächtlichen Grenzgefecht zwischen deut-

lichen Zollwächtern und einer deutschen Schmugglerbande getötet. Wir bekamen die amtliche Nachricht. Soeben entsinne ich mich, Ihren Namen gelesen zu haben. Danach gehörte also auch Ihr Bruder einer Schmugglerbande an.“

Der Ton des Kommissars war merklich kühler und schroffer geworden, er war jetzt überzeugt, es mit einem gewissen Verbrecher zu tun zu haben.

Jupp, noch ganz betroffen von der plötzlichen Nachricht, schwieg eine Weile, dann sagte er leise:

„Ich habe meinen Bruder seit Jahren nicht gesehen, ich weiß nur, daß er in E. an der holländischen Grenze lebt, verheiratet ist und Landwirtschaft betreibt. Daß er ein Schmuggler war, höre ich von Ihnen zum erstenmal. Ich glaube es nicht. Es kann nicht sein.“

„Sie sind gewarnt, Herr Vries!“ sagte der Kommissar kalt und erhob sich. „Jedenfalls ist es seltsam, daß Ihr Bruder in einem Schmugglerkampf gefallen ist und daß Sie beim Ausheben eines Schmugglerassy als Aufpasser festgestellt wurden. Trotzdem soll, wie Sie sagen, Ihr Bruder nichts mit Schmuggel zu tun haben, und Sie selbst leugnen jede

Kennntnis von den Vorgängen dieser Nacht. Meine Vermutung ist eine andere. Wie werden ja sehen und werden uns fortlaufend für Sie interessieren, Herr Vries. Guten Morgen.“

Auf der Straße ratterten die Wagen, die Elektrischen dröhnten über die Schienen, Autos sausten vorüber, die Menschen hasteten an ihm vorbei. Er ging und ihm war, als ob der Boden unter ihm schwankte. Ein Aktenstück, das von nun an bei der Polizei geführt wurde und seinen Namen trug. In eine Schmuggleraffäre verwickelt. Sein Bruder als Schmuggler erschossen... Was war nur los? Streckte die nahe Grenze mit ihren Versuchsungen, mit ihrer Tragik, ihren unzähligen, grausamen Geschehnissen ihre teuflischen Krallen nach ihm aus? Was hatte er jemals mit Schmuggel zu tun gehabt? Nichts. Und sein Bruder? Welch ein Spiel des Zufalls. Während er heute nacht, ohne es zu ahnen, für eine Schmugglerbande in Köln Schmiere stand, wurde sein Bruder fast zur selben Stunde im Schmugglerkampf an der holländischen Grenze erschossen. Nein, nein — sicher hatte sein Bruder mit Schmuggel etwas wenig zu tun gehabt wie er selbst.

Er kam ans Rheinufer, ging den Fluß entlang, um dem tobenden Lärm des Verkehrs zu entgehen, und setzte sich auf eine Bank. Allmählich wurde er ruhiger und überblickte seine Lage. Was sollte er beginnen? Er hatte kein Heim, seine Habseligkeiten trug er am Körper,

in der Tasche hatte er einen kleinen Geldbetrag, der ihm heute nacht in den Schoß gefallen war. Wie lange konnte er davon leben? Und dann?

Er sah auf den breiten Strom, dessen ruhige Fläche seinen Blick bannete. Der tote ältere Bruder kam ihm in den Sinn. Kinderbilder, Erinnerungen tauchten auf. Die beiden Vries waren die hübschesten und stärksten Jungen im Heimatdorf gewesen. Das Leben hatte sie getrennt, der Ältere hatte geheiratet, sie und da war Nachricht gekommen. Und immer klagte er in seinen Briefen, wie schwer sein Leben in E. an der holländischen Grenze wäre. Weil die Gafügelarm, die er dort besaß, nicht recht rentabel sei. Er sah den guten, stillen Kerl vor sich, und hörte seine ruhige Stimme. Und nun war er tot.

Wenn er heute noch nach E. föhre, seinen Bruder noch vor der Beer-digung zu sehen? Die Fahrt kostete nicht viel. Er hatte plötzlich ein fast schmerzhaftes Verlangen, von dem einzigen Menschen Abschied zu nehmen, mit dem ihn die Erinnerung an ein bißchen Glück und Freude verband. Sein Bruder hätte nicht anders gehandelt, wenn er noch lebte.

Ob er hier in der großen Stadt plan- und ziellos umherlungerte und abends ins Nachtsyl pilgerte oder ob er die paar Groschen opferte, um nach E. zu fahren, um nochmals den Bruder zu sehen, da war doch nichts zu überlegen. Er beschloß zu fahren.

Mit schweren Gliedern erhob er sich von der Bank. Es war Nachmittag geworden. Er hatte Hunger.

Trotzdem ging er gleich zum Bahnhof, wo er stehend erst am Büfett eine Kleinigkeit essen mußte, denn er hatte seit dem frühen Morgen nichts im Magen. Dann kaufte er eine Postkarte und schrieb an den Hotelier Berg. Er teilte mit, daß er nach E. übergedacht sei, und bat, Post oder Nachrichten dorthin zu schicken. Mit dem nächsten Zug fuhr er nach München-Gladbach, wo er in einen Omnibus umsteigen mußte, der hüber nach Holland fuhr und unterwegs das kleine deutsche Grenzörfchen E. berührte. Dort hatte sich sein Bruder vor Jahren niedergelassen.

Inzwischen war die Nacht gekommen. Der Autobus war überfüllt, da saßen nur Männer im Wagen, die Müde tief ins Gesicht gezogen, den Rückgraten hochgeschlagen, die Hände in den Taschen vergraben.

Fabrikarbeiter oder Bergleute, die von der Schicht kommen, denkt Jupp, während er sich suchend nach einem Platz umsieht. Dann versinkt er wieder in ein dumpfes Nadeln, aus dem er erst nach langer, einträglicher Fahrt aufschreckt, als der Schaffner ihm auf die Schulter tippt. „Wollten sie nicht in E. aussteigen?“

Jupp nickt stumm und klettert aus dem Wagen. Es scheint, als ob fast alles hier ausgestiegen sei, denn vor ihm her schreiet ein ganzer Schwarm von Menschen auf das im Finstern liegende Dorf zu. Jupp muß sich beeilen, um in der Dunkelheit den Anschluß an die Menge nicht zu verlieren. (Fortsetzung folgt.)

Grüße aus Rußland

Wenn Post von unseren Kriegsgefangenen kommt, so ist das für die Angehörigen immer ein Freudentag...

Wenn also Post kommt, und sie sie bisweilen auch schon vier oder sechs Wochen unterwegs, so ist der unendlich lange, schmale Stieg in die unbekannte Ferne für kurze Zeit wieder erbaut...

Daß diese Bitte an so bevorzugter Stelle und nicht im Anzeigenteil wiedergegeben ist, soll erwirken, daß der Wunsch der beiden Kriegsgefangenen nicht übersehen wird...

Wiederum führte die lebensgefährliche Unfälle des Aufstiegs auf fahrende Straßenbahnen zu einem Unfall...

Bleibt weg von der fahrenden Straßenbahn!

Wiederum führte die lebensgefährliche Unfälle des Aufstiegs auf fahrende Straßenbahnen zu einem Unfall...

Oekumenische Tagung auf dem Thomashof

Zur Verwirklichung der Beschlüsse, die von der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam gefaßt wurden...

Schweizer Bücher in der Landesbibliothek

Der badische Landesbibliothek ist durch die „Schweizer Bücherhilfe“ in Zürich eine hochherzige Spende wertvoller Bücher...

Badischer Kunstverein: ARTHUR-GRIMM-GEDÄCHTNISAUSSTELLUNG

Eine sehr eindrucksvolle, durchgedachte und planvolle Anordnung der Bilder der verschiedenen Stillarten...

Herzvorragend aus der Schmid-Rentke-Klasse knüpft Grimm als Meisterschüler Wilhelm Trübners an dessen geistige und dunkle Farbharmonien an...

Er siedelte nicht nach Paris über

Das Spruchkammerverfahren gegen den ehem. Rektor der T.H. Dr. Weigel

Sieben Jahre, bis zum Zusammenbruch, war Professor Dr. Rudolf Weigel, Rektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe gewesen...

Die vielstündige Verhandlung ergab, daß Weigel den Nationalsozialismus wesentlich unterstützt hat. Belastend wirkte sich auch seine Rede in Ettlingen im Jahre 1932 aus...

Bearbeitung nunmehr entliehen werden

Einige Werke sind im Vorraum der Ausleihe ausgehängt. Weitere führende Werke des wissenschaftlichen Schrifttums der Schweiz sind bestellt worden.

Stadtverwaltung kaufte Kunstwerke

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat aus der vom Badischen Künstlerbund veranstalteten Ausstellung bestehende Gemälde angekauft...

Seife noch immer bewirtschaftet

Die Ausgabe von Seife erfolgt auf die für Januar bis Juni 1949 gültige Seifenkarte. Es werden freigegeben: Die auf „Einheiten“ lautenden Abschnitte für März und April...

Im Hinblick auf die in letzter Zeit zu beobachtenden Preisverläufe von Kern- und Feinseifen wird darauf hingewiesen, daß Seife nach wie vor bewirtschaftet ist...

Südweststaat - die wichtigste Aufgabe

Wirtschaftsminister Dr. Wildermuth sprach bei der DVP

Die baldige Schaffung eines südwestdeutschen Staates durch den Zusammenschluß von Württemberg und Baden bezeichnete der südwürttembergische Wirtschaftsminister Dr. E. Wildermuth als eine der wichtigsten, derzeitigen deutschen Aufgaben...

Personenkontrolle mit dem Gummiknüppel

Interessanter Gerichtsentscheid über eine unzulässige Festnahme

Bei einer Personenkontrolle auf dem Bahnhof war der 22jährige kriegsbeschädigte Willi C. aus Karlsruhe wenig erfreut, als er einen Polizeiwachmeister wiederah, der ihn einige Zeit vorher ziemlich unangenehm auf seinem Schlaf im Wartesaal gerüttelt hatte...

Dampftriebwagen gegen Lastkraftwagen

Auf dem unbeschränkten Bahndamm des Karlsruher Wags wurde ein Lastkraftwagen von einem Dampftriebwagen der Eisenbahn erfaßt und zur Seite gestoßen...

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Rebarmarken-Gültigkeit verlängert. Entgegen der Bekanntmachung vom 15. 2. 1949 wird die Gültigkeit der Rebarmarken XI 48/II 49 bis 31. 3. 1949 verlängert...

Krankenzulagekarten. Das Ernährungsamt weist nochmals darauf hin, daß vom Handel, Gaststätten usw. nur Krankenzulagekarten mit dem Unterdruck 201 und 203 angenommen werden dürfen.

Fachabschnitte werden unglücklich. Die Fachabschnitte 4-6 verlieren mit Ablauf des Monats Februar 1949 ihre Gültigkeit.

Die Karlsruher Puppenspiele. Solferstraße 38, bringen am Sonntag, 14. 3. 1949, das Faschingsstück „Kasperle und Pannschküdele“...

Die SAZ gratuliert. Am 24. Februar konnte Frau Barbara Holzer, geb. Prestel, Durlach, Erbsstraße 31, ihren 80. Geburtstag begehen.

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Freitag, 25. Februar Stuttgart: 12.30 Prozesse d. Zeit; 14.00 Schulfunk: Die Zünfte; 14.30 I.R.O.-Sachdienst; 15.55 Hörsekskurs; 16.45 Kulturumschau; 17.15 Zwei Trio-Sonaten; 17.45 Oboe u. Continuo v. R. Keiser u. J. J. Quantz; 18.00 Zum Zeitgeschichten; 20.00 Oper: „Eugen Onegin“ v. Tschaikowsky; 21.30 Tanzmusik; 22.00 Heitere Melodien...

OFFEN GESAGT...

Die Kritiker nachstehender Kritiken sind der Redaktion numerisch bekannt, gemessen jedoch den Schutz des Redaktionsgeheimnisses, ihre Meinung ist nicht verbindlich für die Redaktion

Aus dem Spielplan des Badischen Staatstheaters: „Himmeldonnerwetter“, ein Fastnachtsskizzenbuch von A. Chwalek. Kann man sich einen geschmackvolleren Titel denken? Armes Staatstheater, dein Niveau sinkt immer tiefer!

DAS MINISTERIUM IST BELEIDIGT

Sie hören: Es ist hier weder von der Intendantenwahl noch vom Kulturplanningesetz die Rede, sondern von einem musikalischen Lustspiel dieses Titels, mit dem die bekannte Filmschauspielerin Magda Schneider am Dienstag im Badischen Staatstheater gastierte...

SATIRIKER HERAUS!

Das Staatstheater plant literarisches Kabarett mit Beteiligung des Publikums. Das Staatstheater veranstaltet morgen, am Montag und Dienstag erstmals seit Jahren wieder ein Fastnachtsskizzenbuch, wie das vor 1933 unter dem damaligen Intendanten Dr. Waag üblich war...

Personenkontrolle mit dem Gummiknüppel

Interessanter Gerichtsentscheid über eine unzulässige Festnahme

Bei einer Personenkontrolle auf dem Bahnhof war der 22jährige kriegsbeschädigte Willi C. aus Karlsruhe wenig erfreut, als er einen Polizeiwachmeister wiederah, der ihn einige Zeit vorher ziemlich unangenehm auf seinem Schlaf im Wartesaal gerüttelt hatte...

Dampftriebwagen gegen Lastkraftwagen

Auf dem unbeschränkten Bahndamm des Karlsruher Wags wurde ein Lastkraftwagen von einem Dampftriebwagen der Eisenbahn erfaßt und zur Seite gestoßen...

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Rebarmarken-Gültigkeit verlängert. Entgegen der Bekanntmachung vom 15. 2. 1949 wird die Gültigkeit der Rebarmarken XI 48/II 49 bis 31. 3. 1949 verlängert...

Krankenzulagekarten. Das Ernährungsamt weist nochmals darauf hin, daß vom Handel, Gaststätten usw. nur Krankenzulagekarten mit dem Unterdruck 201 und 203 angenommen werden dürfen.

Fachabschnitte werden unglücklich. Die Fachabschnitte 4-6 verlieren mit Ablauf des Monats Februar 1949 ihre Gültigkeit.

Die Karlsruher Puppenspiele. Solferstraße 38, bringen am Sonntag, 14. 3. 1949, das Faschingsstück „Kasperle und Pannschküdele“...

Die SAZ gratuliert. Am 24. Februar konnte Frau Barbara Holzer, geb. Prestel, Durlach, Erbsstraße 31, ihren 80. Geburtstag begehen.

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Freitag, 25. Februar Stuttgart: 12.30 Prozesse d. Zeit; 14.00 Schulfunk: Die Zünfte; 14.30 I.R.O.-Sachdienst; 15.55 Hörsekskurs; 16.45 Kulturumschau; 17.15 Zwei Trio-Sonaten; 17.45 Oboe u. Continuo v. R. Keiser u. J. J. Quantz; 18.00 Zum Zeitgeschichten; 20.00 Oper: „Eugen Onegin“ v. Tschaikowsky; 21.30 Tanzmusik; 22.00 Heitere Melodien...

OFFEN GESAGT...

Die Kritiker nachstehender Kritiken sind der Redaktion numerisch bekannt, gemessen jedoch den Schutz des Redaktionsgeheimnisses, ihre Meinung ist nicht verbindlich für die Redaktion

Aus dem Spielplan des Badischen Staatstheaters: „Himmeldonnerwetter“, ein Fastnachtsskizzenbuch von A. Chwalek. Kann man sich einen geschmackvolleren Titel denken? Armes Staatstheater, dein Niveau sinkt immer tiefer!

DAS MINISTERIUM IST BELEIDIGT

Sie hören: Es ist hier weder von der Intendantenwahl noch vom Kulturplanningesetz die Rede, sondern von einem musikalischen Lustspiel dieses Titels, mit dem die bekannte Filmschauspielerin Magda Schneider am Dienstag im Badischen Staatstheater gastierte...

SATIRIKER HERAUS!

Das Staatstheater plant literarisches Kabarett mit Beteiligung des Publikums. Das Staatstheater veranstaltet morgen, am Montag und Dienstag erstmals seit Jahren wieder ein Fastnachtsskizzenbuch, wie das vor 1933 unter dem damaligen Intendanten Dr. Waag üblich war...

Südweststaat - die wichtigste Aufgabe

Wirtschaftsminister Dr. Wildermuth sprach bei der DVP

Die baldige Schaffung eines südwestdeutschen Staates durch den Zusammenschluß von Württemberg und Baden bezeichnete der südwürttembergische Wirtschaftsminister Dr. E. Wildermuth als eine der wichtigsten, derzeitigen deutschen Aufgaben...

Personenkontrolle mit dem Gummiknüppel

Interessanter Gerichtsentscheid über eine unzulässige Festnahme

Bei einer Personenkontrolle auf dem Bahnhof war der 22jährige kriegsbeschädigte Willi C. aus Karlsruhe wenig erfreut, als er einen Polizeiwachmeister wiederah, der ihn einige Zeit vorher ziemlich unangenehm auf seinem Schlaf im Wartesaal gerüttelt hatte...

Dampftriebwagen gegen Lastkraftwagen

Auf dem unbeschränkten Bahndamm des Karlsruher Wags wurde ein Lastkraftwagen von einem Dampftriebwagen der Eisenbahn erfaßt und zur Seite gestoßen...

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Rebarmarken-Gültigkeit verlängert. Entgegen der Bekanntmachung vom 15. 2. 1949 wird die Gültigkeit der Rebarmarken XI 48/II 49 bis 31. 3. 1949 verlängert...

Krankenzulagekarten. Das Ernährungsamt weist nochmals darauf hin, daß vom Handel, Gaststätten usw. nur Krankenzulagekarten mit dem Unterdruck 201 und 203 angenommen werden dürfen.

Fachabschnitte werden unglücklich. Die Fachabschnitte 4-6 verlieren mit Ablauf des Monats Februar 1949 ihre Gültigkeit.

Die Karlsruher Puppenspiele. Solferstraße 38, bringen am Sonntag, 14. 3. 1949, das Faschingsstück „Kasperle und Pannschküdele“...

Die SAZ gratuliert. Am 24. Februar konnte Frau Barbara Holzer, geb. Prestel, Durlach, Erbsstraße 31, ihren 80. Geburtstag begehen.

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Freitag, 25. Februar Stuttgart: 12.30 Prozesse d. Zeit; 14.00 Schulfunk: Die Zünfte; 14.30 I.R.O.-Sachdienst; 15.55 Hörsekskurs; 16.45 Kulturumschau; 17.15 Zwei Trio-Sonaten; 17.45 Oboe u. Continuo v. R. Keiser u. J. J. Quantz; 18.00 Zum Zeitgeschichten; 20.00 Oper: „Eugen Onegin“ v. Tschaikowsky; 21.30 Tanzmusik; 22.00 Heitere Melodien...

OFFEN GESAGT...

Die Kritiker nachstehender Kritiken sind der Redaktion numerisch bekannt, gemessen jedoch den Schutz des Redaktionsgeheimnisses, ihre Meinung ist nicht verbindlich für die Redaktion

Aus dem Spielplan des Badischen Staatstheaters: „Himmeldonnerwetter“, ein Fastnachtsskizzenbuch von A. Chwalek. Kann man sich einen geschmackvolleren Titel denken? Armes Staatstheater, dein Niveau sinkt immer tiefer!

DAS MINISTERIUM IST BELEIDIGT

Sie hören: Es ist hier weder von der Intendantenwahl noch vom Kulturplanningesetz die Rede, sondern von einem musikalischen Lustspiel dieses Titels, mit dem die bekannte Filmschauspielerin Magda Schneider am Dienstag im Badischen Staatstheater gastierte...

SATIRIKER HERAUS!

Das Staatstheater plant literarisches Kabarett mit Beteiligung des Publikums. Das Staatstheater veranstaltet morgen, am Montag und Dienstag erstmals seit Jahren wieder ein Fastnachtsskizzenbuch, wie das vor 1933 unter dem damaligen Intendanten Dr. Waag üblich war...

